

Auf dem Spiel steht die direkte Demokratie



Margrit Neukomm, Zentralvizepräsidentin, Bern

Am 25. November 2018 treffen wir Schweizer Stimmbürger eine schicksalshafte Entscheidung, die durch ihre Konsequenzen unsere Zukunft massgeblich verändern wird! Es stellt sich die Grundsatzfrage, ob wir eine Demokratie bleiben wollen und unsere Unabhängigkeit behalten oder nicht. Die Schweiz ist das einzige Land der Welt mit einer direkten Demokratie, bei der die Stimmbürger selber über ihre Gesetze bestimmen. Die Bürger anderer Staaten dürfen ja nur alle vier bis fünf Jahre ihre Regierung wählen und ansonsten haben sie nichts zu entscheiden. Damit die Schweiz vollständig in die EU eingegliedert werden kann, muss sie ihre Selbstbestimmung aufgeben und sich demütig unterordnen. Nach dem Brexit will man die reiche Schweiz mit ihrer blühenden Wirtschaft schnellstens aufnehmen, um das eigene Budget wieder aufzustocken. Ein Nein zur Selbstbestimmungs-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

initiative ist somit in Tat und Wahrheit die Vorbereitung für den baldigen EU-Beitritt. Das wäre für verschiedene Politiker und Manager von internationalen Grosskonzernen um ein Mehrfaches bequemer. Deshalb verstricken sie uns in ein immer grösseres Labyrinth von komplizierten Staats- und Handelsverträgen, die für sie möglichst vorteilhaft sind, aber zugleich eine stetige Ausweitung des Einflusses auf die hiesige Rechtsordnung (Bundesverfassung und -gesetze) zur Folge haben. Die Selbstbestimmungsinitiative will unsere Schweizer Bundesverfassung wieder über das Völkerrecht stellen, was bis 2012 die geltende Praxis war. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) bleibt garantiert, weil sie sich inhaltlich im Prinzip mit unserer Bundesverfassung deckt. Bei einem möglichen Konflikt hätte unsere Verfassung Vorrang. In Deutschland und weiteren Staaten wird dies auf selbe Weise gehandhabt, ohne dass deswegen Probleme entstehen.

Es geht den Initianten hauptsächlich um bilaterale Abkommen und Freihandelsverträge, hier sollen unsere Gesetze über internationalem Recht stehen. Mit dieser Politik waren wir in den letzten 150 Jahren erfolgreich.

Unser Land darf als eine der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen der Welt bezeichnet werden. Warum soll man diesen Zustand nicht wiederherstellen?

Bundesverfassung als wichtigste Rechtsgrundlage

Bereits im Jahr 1848 beschloss unser Bundesstaat, dass die Bundes-



Die EU mit Exponenten wie Jean-Claude Juncker (Bild) will die Schweiz immer mehr bevormunden (siehe Rahmenvertrag). Deshalb Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Jeder Franken zählt!

Wer sich in der heutigen Politik Gehör verschaffen will, braucht dafür nicht nur Mut, sondern auch recht viel Geld. Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, dass wir weiterhin diese Zeitung herausgeben und dafür kämpfen können, dass die Freiheit und Souveränität der Eidgenossenschaft nicht auf dem Altar von Globalismus und Wachstumswahn geopfert wird. Herzlichen Dank!

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Adrian Pulver, Zentralsekretär

verfassung die oberste Rechtsquelle des Landes bildet. Diese kann jedoch fortlaufend durch den Willen des Volkes verändert oder ergänzt werden. Daher ist sie demokratisch und gerecht. Mittels Volksinitiativen und Referenden beeinflussen die Stimmbürger die einzelnen Paragraphen. Nehmen Sie sich doch einmal einen Augenblick Zeit und lesen im Internet den genauen Text unserer Verfassung! Sie werden

selbst erkennen, wie vernünftig und umsichtig der Inhalt ist. Wir wollen, dass dieser Rechtsgrundlage die höchste Priorität zukommt. In letzter Zeit häufen sich allerdings Streitfälle, bei denen das Bundesgericht die Fakten gemäss dem Völkerrecht beurteilt, anstatt unsere Bundesverfassung zu berücksichtigen.

Fortsetzung Seite 2

**Keine uferlosen Flüchtlingsströme!
Die SD fordern eine Volksabstimmung zum UNO-Migrationspakt!**

Auf dem Spiel steht die direkte Demokratie

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundesrat sabotiert Abstimmungsergebnisse, beispielsweise bei der Masseneinwanderungsinitiative, indem er deren Umsetzung verweigert und sich danach von den EU-Verantwortlichen einschüchtern lässt.

Der Volksentscheid widerspricht zwar dem Freizügigkeitsabkommen. Dennoch ist es inakzeptabel, keine im Initiativtext vorgesehene Massnahme durchführen zu wollen. **Auch die Ausschaffungsinitiative, welche verurteilte ausländische Straftäter in ihre Heimatländer zurückführen will, wird meist nicht vollzogen, weil es sich angeblich um «Härtefälle» handle. Entgegen dem vom Volk angenommenen Verfassungstext fügte man bekanntlich eine sogenannte Härtefallklausel ein.** Des Weiteren verstösst offenbar die Ausweisung von EU-Bürgern ebenfalls gegen die Personenfreizügigkeit.

Rahmenvertrag – Volk verliert Mitspracherecht

Unsere Regierung befolgt zulasten der Bundesverfassung immer mehr EU-Gesetze in sklavischer Manier, obwohl die Schweiz als Nichtmitglied lediglich bilaterale Verträge abgeschlossen hat.

Die EU verlangt, dass wir endlich den institutionellen Rahmenvertrag unterzeichnen, damit alle Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse automatisch und vollumfänglich übernommen werden müssen.

Zudem fordert sie den Verzicht auf einen angemessenen Arbeitnehmerschutz (flankierende Massnahmen) und die Einschränkung des Waffenrechts (Weiterentwicklung des Schengener Ab-



Abstimmungen dürften zukünftig nicht mehr ignoriert werden. Ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative garantiert nachhaltige Volksentscheide!

kommens). Weitere Einmischungen folgen bestimmt, sodass wir gezwungen werden, unsere Selbstbestimmung schrittweise aufzugeben. **Andererseits würde ein Verstoß gegen jegliche Vorschriften umgehend mit Sanktionen bestraft.** Auch unser restriktiveres Tierschutzgesetz verlöre seine Gültigkeit, zumal die entsprechenden EU-Richtlinien gemäss Rahmenvertrag absolute Priorität hätten.

Ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative könnte dies verhindern. Damit wäre auch die Vereinbarkeit des Rahmenvertrages mit unserer direkten Demokratie nicht mehr gegeben.

Wir müssten allenfalls gewisse Staatsverträge anpassen respektive neu verhandeln oder kündigen. Es handelt sich hierbei jedoch nur um wenige Vereinbarungen, welche davon betroffen wären. Käme es etwa zu einer Kündigung der bilateralen Verträge, so hätte zumindest die Personenfreizügigkeit als Hauptursache der hohen Zuwanderung endlich ausgedient.

Angstmacherei von profitgierigen Globalisten

Die Gegner der Initiative stammen

aus rot-grünen und linksliberalen Kreisen sowie Wirtschaftsverbänden. Dabei ziehen sie alle Register, um das Volk zu verunsichern. Sie argumentieren mit diffusen Ängsten wie Armut, Isolation und Verlust der Menschenrechte. Die wirtschaftsliberale Dachorganisation Economiesuisse vertritt hauptsächlich die Interessen von internationalen Grosskonzernen. Sie zeichnet ein Horrorszenario von sinkenden Exportzahlen und Abwanderungen gewichtiger Unternehmungen. **Natürlich wird diese Initiative von den Wirtschaftsvertretern mit horrenden finanziellen Mitteln bekämpft.**

Tatsächlich sollen wir aber unsere Freiheit und Souveränität einer möglichst grenzenlosen, globalisierten Wirtschaft opfern, und zwar ohne Garantie, dass die Schweizer Bevölkerung jemals einen realen Nutzen davon erhält!

Die einzigen Profiteure sind internationale Konzerne und gewisse Grossfirmen, die ihre Milliarden Gewinne verdoppeln wollen. Dies zeigt ganz klar, reine Geldgier regiert unser Land! Und dafür lässt man die Selbstbestimmung eines ganzen Volkes zerstören? Jeder

Schweizer muss sich einmal überlegen, wie die Zukunft unserer Nachkommen aussieht, wenn diese Initiative abgelehnt wird! Unsere Vorväter haben für ihre Unabhängigkeit gekämpft und sich von der Herrschaft der Habsburger befreit! **Sie akzeptierten schon damals keine fremden Richter, die über sie bestimmen. Genauso dulden wir auch heute keine EU-Einmischung in unsere Gesetze.**

Wir sind durch das hiesige demokratische System flexibel und können jederzeit mittels Volksrechte Änderungen vornehmen. Wir Schweizer wollen als Souverän bei allen politischen Entscheiden das letzte Wort behalten!

Freiheit oder Diktat

Natürlich empfehlen Bundesrat und Parlament dem Stimmvolk, die Selbstbestimmungsinitiative abzulehnen. Diese Haltung ist jedoch unverstänglich und unverantwortlich! **Eigentlich sollten sich doch unsere «Landesväter» für die Freiheitsrechte ihres Volkes einsetzen. Dies grenzt an Landesverrat!** Sie überlassen uns vielmehr dem Diktat fremder Völker und internationaler Institutionen wie der EU und der UNO. Nutzen wir also diese letzte Chance, sich dagegen zu wehren!

Somit steht die Schweiz an einem politischen Wendepunkt, der weitreichende Einschränkungen der Freiheit mit sich bringen kann!

Es ist daher wichtig, dass möglichst viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an die Urne gehen. **Wir tolerieren keine Beschneidung unserer Volksrechte! Es ist ein Kampf von David gegen Goliath, doch jeder weiss, wer schlussendlich gewinnt!**

Politik ist widersprüchlich

Die Ideologien der Parteien werden in der Realität oft nicht konsequent vertreten. So sollte der Sozialismus für die Arbeiter eigentlich das Paradies sein. Effektiv gehören aber sozialistische Staaten wie Nordkorea oder Kuba zu den ärmsten Ländern der Welt. Dort leben die meisten Arbeiter in ärmlichen Verhältnissen. **Des Weiteren will die Grüne Partei der Schweiz zwar ökologisch sein, begreift aber nicht, dass die ständige Zu-**

wanderung von immer noch mehr Menschen schlecht für unsere Umwelt ist.

Die internationalistischen Konservativen in den USA (Republikaner) sind für mehr Wirtschaftswachstum und maximalen Freihandel. Man sieht aber heute, dass die Bevölkerung der USA vielerorts verarmt ist.

Die progressiven Internationalis-

ten setzen sich für Minderheiten ein. Die USA als Musterbeispiel für eine grenzenlose Multikultur sind jedoch für viele Schwarze und Latinos die Hölle. Ein Grossteil der männlichen schwarzen Bevölkerung war schon einmal im Gefängnis und viele dieser Leute leben ebenfalls in grosser Armut. Die Mitteparteien möchten nicht «extrem» sein. **Tatsächlich betreiben sie aber eine extreme Einwanderungspolitik, welche zu einer Ver-**

doppelung der Schweizer Bevölkerung (im Vergleich mit dem Jahr 1950) geführt hat.

Die Antifaschisten wollen den Faschismus bekämpfen. Sie selber verwenden jedoch die Methoden des Faschismus. Im Namen einer Ideologie schlagen diese «Aktivisten» andere Menschen zusammen.

Fortsetzung Seite 3

Die unheimliche Operation Libero

Operation Libero versteht sich als politische Bewegung, die sich für eine weltoffene und zukunftsgerichtete Schweiz einsetzt. Eine Schweiz, die ein Chancenland ist und kein Freilichtmuseum. Gemäss eigener Darstellung bezieht die Institution Stellung zu politischen Fragen, informiert und engagiert sich im Einklang mit ihren Zielen und Visionen. **Sie möchte «die Schweiz verwirklichen». Sollte es nicht eventuell «die Schweiz verwirren» heissen?!** Kürzlich war es, als ich die heilige Anti-Schweiz-Allianz wieder einträchtig in einer Lokalsender-Talkshow nicht argumentieren, aber eher lamentieren sah und hörte. Da war also wieder die «Operationsschwester» Laura Zimmermann mit einem Vertreter der FDP. Jedoch ist die politisch unabhängige Frau Zimmermann, offiziell als Co-Präsidentin bezeichnet, wohl noch zu jung und unerfahren, da bräuchte es beispielsweise schon das Format von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Hingegen ist die Motivation gross und dürfte strukturell derjenigen des FDP-Vertreters ähneln. **Und beiden fehlt andererseits offenbar das Bewusstsein, was hier überhaupt auf dem Spiel steht. Die Frage, womit sie angetrieben werden, ist schon beinahe indiskret.**

Wir wissen aber, dass es nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa einflussreiche Figuren gibt, die nationale Destabilisierungsprogramme grosszügig finanzieren.



Co-Präsidentin Flavia Kleiner und ihre Operation Libero kann man als Produkt der vereinigten Elite (Mehrheitsparteien, Verbände, Gewerkschaften usw.) bezeichnen.

Volksrechte und Völkerrecht

Die Schweiz ist mit ihrer direkten Demokratie ein besonders unbequemes «Völkerrechtsmitglied», denn hier ist im Prinzip das einzige Volk, welches zu sogenannten Verträgen, egal ob mit seriösen Firmen, dubiosen und manchmal schamlos auftretenden Finanzriesen, oder erpresserischen Hegemonialmächten usw. seiner Regierung Grenzen der Narrenfreiheit setzen kann. Die Qualifikation als «Narrenfreiheit» ist bei manchen vorgeschlagenen oder verwirklichten Verträgen nicht übertrieben, besonders im Hinblick auf nicht umgesetzte Verfassungsaufträge. Ich habe noch gehört, wie die immer euphorisch auftretende «Operationsschwester» etwas aus der

Verfassung zitierte, das sie offenbar wusste, nämlich Art. 5, Abs. 4 («Bund und Kantone beachten das Völkerrecht»).

Und natürlich, gemäss Libero-Verantwortlichen und Wirtschaftsglobalisten ist mit dem Völkerrecht niemals das Recht des eigenen Volkes gemeint, sondern die zumeist weitgehend rechtlosen Völker, über deren Köpfen Verträge abgeschlossen werden, die von gut über obskur bis mafiös reichen.

Grundsätzlich schliesst man nur Verträge ab, die bei ungenügender Erfüllung auch wieder kündbar sind. **Niemals aber dürfen solche abgeschlossen werden, die gegen das Gesetz und die Verfassung verstossen.** Damit experimentiert allerdings unser Bundesrat bereits seit längerem herum. Das ist grobfahrlässig, wenn nicht vorsätzlich! Wieder einmal muss daran erinnert werden, dass man den Begriff «Völkerrecht» meistens dazu missbraucht, die eigentliche Entrechtung, beziehungsweise Missachtung der Rechte der Völker terminologisch zu kaschieren.

Was Völkerrecht ist, bestimmen einzelne Angehörige einer internationalen Elite, oftmals Wirtschaftsedelsklaven und Marionetten hegemonialer Interessen.

Das Volk entmündigen

Was will die Operation Libero wirklich? Wovor oder wovon wollen sie

sich befreien? **Laura Zimmermann, beispielsweise, zitiert die Verfassung und verlangt gleichzeitig, dass diese lediglich noch sekundären Pflichtcharakter haben soll.** Es würde sich um eine Art Wunschzettel handeln, der je nach vordergründigen Verhandlungsinteressen gültig oder ungültig wäre.

Und dann erwähnt die Operation Libero immerzu die Begriffe «Demokratie» und «Rechtsstaat»! Dabei möchte sie sich nämlich nur von der lästigen Volkssouveränität befreien!

In diesem Fall könnte man von sogenanntem Libero-Globalmanagement sprechen. Wer am meisten Geld hat, bestimmt den Inhalt des Völkerrechts. Hätte das doch der nicht unsympathische Urkapitalist Onkel Dagobert noch erleben dürfen! «Die Schweiz hält Wort», suggerieren sie, und vermitteln den Glauben, dass Verträge grundsätzlich nicht kündbar sind und andererseits der Bundesrat nur zu jedem Steuer- oder Gebührendeal unantastbar heilige bilaterale Abkommen abschliesst, und zwar grotesk über der Bundesverfassung rangierend. Falls das unser neues Rechtsverständnis und internationaler Verhaltenskodex ist, würde uns wohl selbst Onkel Dagobert als (vermeintlich) freie Narren bezeichnen. Es lebe die Narrenfreiheit! Aber was danach kommt, möchte ich nicht erben müssen!

*Alexander Steinacher,
Thalwil*

Politik ist widersprüchlich

Fortsetzung von Seite 2

Von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften

Die EU-Befürworter wünschten sich ein prosperierendes Europa, aber dieses wird immer ärmer. In gewissen europäischen Ländern können 1000 Euro als guten Monatslohn bezeichnet werden. In vielen Staaten ist die Arbeitslosigkeit astronomisch gestiegen. **Die EU schwächt mit ihrer realitätsfremden Regulation erwiesenermassen die Wirtschaft.**

Die Gewerkschaften möchten sich für die Arbeitnehmer einsetzen, doch in Wirklichkeit vertreten sie oft Arbeitgeberinteressen. Beispielsweise befürworten die Schweizer Gewerkschaften die Personenfreizügigkeit mit der EU.

Da jubelt jeder Arbeitgeber, welcher Ausländer in die Schweiz holen will. **In Deutschland verhandeln die Gewerkschaften für Tiefelöhne von ca. 10 Euro pro Stunde für Gebäudereiniger.** Dieser Lohn ist eine absolute Zumutung! Es

entsteht der Eindruck, dass die Gewerkschaften von den Arbeitgeberverbänden unterwandert wurden.

Letztlich haben auch die Wirtschaftsverbände ihre Interessen. Sie vertreten jedoch vor allem die Grosskonzerne. Diese betreiben leider eine Politik, die den KMUs oftmals schadet.

Diese Konzerne profitieren von der EU, doch für kleinere Betriebe herrschen häufig existenziell schwierige Bedingungen. Die KMUs sind aber sehr wichtig für

eine prosperierende Wirtschaft, wobei sich diese Wirtschaftsverbände kaum für sie einsetzen. **In der Schweiz ist der Gewerbeverband noch am ehesten auf der Seite der kleinen und mittleren Unternehmungen.** Alle anderen gelten als Sprachrohr der Grosskonzerne. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass bei vielen Organisationen mehr Schein als Sein ist. Schauen Sie deshalb genau hin! Lassen Sie sich nicht blenden!

Walter Huber, Basel

Massentierhaltung ist Ausbeutung und für einen modernen Industriestaat unwürdig. Jetzt Massentierhaltungsinitiative unterschreiben!

Parolen zum Urnengang vom 25. November 2018

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 25. November 2018 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»:

Diese Initiative will die Haltung von horntragenden Kühen auf freiwilliger Basis begünstigen. Die Enthornung stellt eine bestialische Tierquälerei dar, zumal das durch den Verdauungsprozess entstehende Methangas über die Hörner abgebaut und umgewandelt wird. Ansonsten verbleiben die Gase in der Stirnhöhle, verformen den Schädel und verursachen chronische Schmerzen. **Zudem ist die Milch von horntragenden Tieren gehaltvoller und enthält weniger Allergene.** Mit der geforderten finanziellen Entschädigung lassen sich allfällige Mehraufwände kompensieren sowie Ertragseinbussen abfedern.

Durch dieses Entgelt werden auch die wertvollen und beliebten Demeter-Produkte gefördert. Letztlich stärkt das Initiativbegehren die nachhaltige einheimische Landwirtschaft.

Die Schweizer Demokraten (SD) haben dieses Anliegen bereits während des Sammelstadiums aktiv unterstützt und beschliessen deshalb die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten):

Mit der Gesetzesänderung will man die Grundlage zur Observation von Versicherten erneuern. Die vorliegende Fassung öffnet jedoch einer gewissen Willkür Tür und Tor, **zumal die Bedingungen teilweise oberflächlich und schwammig formuliert sind.**



Das vorliegende Gesetz ist unklar formuliert und begünstigt somit missbräuchliche Observationen.

Beispielsweise erlaubt das Gesetz die Überwachung eines Ortes, der von einer allgemein zugänglichen Stelle aus frei einsehbar ist. Somit besteht keine Garantie, dass Versicherungsdetektive nebst Balkonen nicht auch Innenräume einer Wohnung filmen.

Zudem können sie zwecks Standortbestimmung von GPS-Trackern Gebrauch machen, was einer massiven Einschränkung der persönlichen Freiheit gleichkommt. Daran ändert die notwendige richterliche Genehmigung nichts. Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten eine wirksame Missbrauchsbekämpfung. **Diese sollte aber immer von einer staatlichen Behörde durchgeführt werden, sodass die**

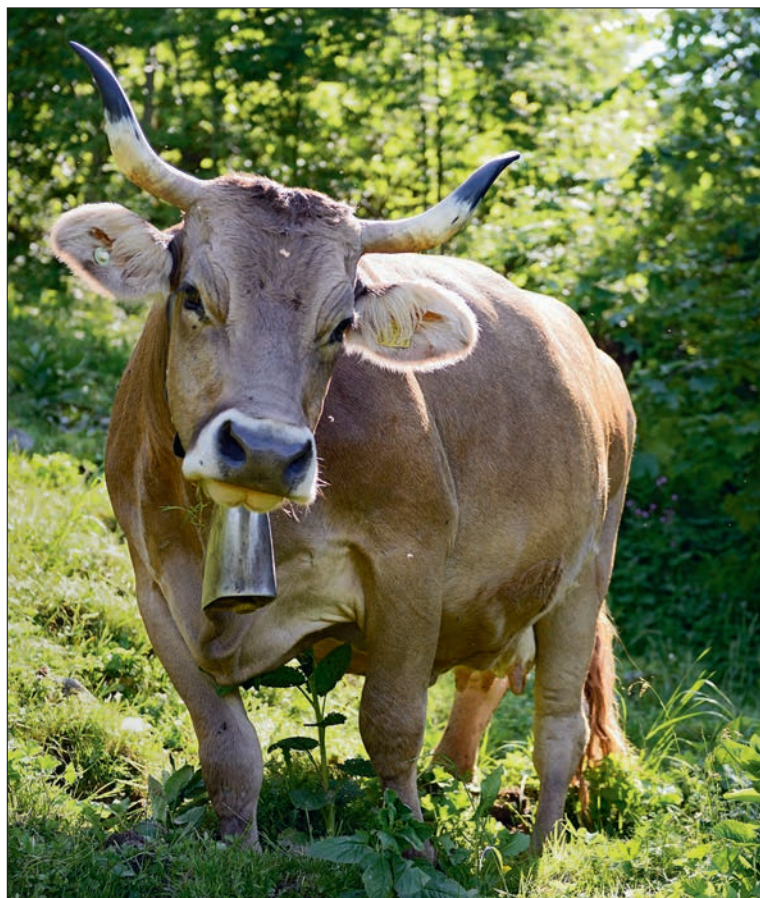
Verhältnismässigkeit jederzeit gewährleistet ist.

Deshalb dürfen sämtliche Versicherungen niemals alleine über Observationen entscheiden.

Die SD fordern die Ausarbeitung einer neuen Vorlage mit klar ersichtlichen Befugnissen und strikten Vorgaben. Deshalb wird die Nein-Parole beschlossen.

Zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Ja-Parole gefasst.

Herbstversammlung der SD Schweiz



Nur bei Kühen mit Hörnern kann ein glaubwürdiger Tierschutz garantiert werden.

Neues Angebot: Elektronisches Zeitungsabonnement

Die Parteileitung beabsichtigt, eine neue Variante für das Jahresabonnement des «Schweizer Demokrat» einzuführen. Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes elektronisches Abonnement. Sie könnten die neuste Zeitungsausgabe jeweils mithilfe eines persönlichen Passwortes direkt auf der Homepage www.schweizer-demokraten.ch abrufen und anschauen. Stattdessen würden Sie jedoch auf ein gedrucktes Papierexemplar verzichten. Auch ältere Ausgaben wären jederzeit verfügbar. Der Jahrespreis beläuft sich auf Fr. 30.– statt Fr. 45.–. Melden Sie sich doch bei vorhandenem Interesse unter der Telefonnummer 031 974 20 10 oder per E-Mail an schweizer-demokraten@bluewin.ch (Zentralsekretariat). Das Angebot gilt ab 2018 und wird nur bei genügend Anmeldungen realisiert.

Ihre SD-Parteileitung

Die Änderung der EU-Waffenrichtlinie schränkt Sportschützen zu stark ein. Darum unterstützen die SD das Referendum gegen die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes.

Volksabstimmung über UNO-Migrationspakt ist zwingend

«Der globale UNO-Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration» soll am 10. und 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden. Das internationale Abkommen, welches 34 Seiten umfasst, will «allen Migranten ermöglichen, unsere Gesellschaft durch ihre menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fähigkeiten zu bereichern». Die Rechte der Zuwanderer sollen gestärkt werden. **Jeder Migrant dürfte in das Land seiner Wahl einreisen, und zwar ohne echten Asylgrund, sondern lediglich infolge von Armut, Arbeitslosigkeit und klimatischen Veränderungen.**

Migration will man zu einem Menschenrecht erklären! Die Wirtschaftsmigranten sollen den echten Flüchtlingen gleichgestellt werden.

Millionen von Auswanderer aus armen Ländern könnten sich auf diese Weise ungebremst in Europa niederlassen und von unseren Sozialwerken profitieren! Gegenwärtig beabsichtigen 260 Millionen Wirtschaftsflichtlinge, europäischen Boden zu betreten. Diese Zahl wird sich noch vergrössern, sobald der Vertrag abgeschlossen ist! Da die Geburtenrate in ganz Europa zurückgeht und die einheimische Bevölkerung langsam abnimmt, möchte die UNO die Einwohnerzahlen aufstocken sowie die Völker durchmischen.

Chaos und totale Fremdbestimmung

Das eigentliche Ziel ist, mittels Massenzuwanderung ein neues Europa zu schaffen und die Nationalstaaten zu zerstören. Dabei handelt es sich um eine weitere Massnahme zur vollumfänglichen Globalisierung unserer Welt. Staaten, welche illegale Einwanderer ausweisen oder Grenzübertreter unter Strafe stellen, würden gemäss den neuen UNO-Richtlinien gegen die Menschenrechte verstossen. Man stelle sich einmal die Zustände in der Schweiz vor, wenn täglich Tausende von Migranten einreisen und auf ihre Rechte pochen! Was für ein Chaos würde in unserem kleinen Land entstehen! Die Schweiz ist bereits heute mit 8'482'200 Einwohnern zu dicht besiedelt (Stand Ende 2017). Die Migranten müssten den Schweizern gleichgestellt werden und hätten unbegrenzten Zugang zu unseren Sozialwerken. Vereinfachter Familiennachzug und erleichterte Einbürgerungen sollen helfen, sie möglichst rasch zu integrieren.



Mit dem UNO-Migrationspakt werden die Flüchtlingszahlen nochmals ins Unermessliche steigen. Davon wäre auch die Schweiz betroffen.

Allen Migrantenkindern, die in der Schweiz geboren sind, müsste man automatisch das Schweizer Bürgerrecht erteilen.

Die hohe Zahl von neuen Sozialhilfebezügern würde unweigerlich zu Steuererhöhungen führen. Zusätzlich wäre unsere gesamte Infrastruktur vollends überlastet.

Parlamentskommissionen mehrheitlich dagegen

Der Schweizer UNO-Botschafter Jürg Lauber hat gemeinsam mit dem Mexikaner Juan José Gomez Camacho den Migrationsvertrag formuliert. Für die arme Bevölkerung Mexikos bringt er natürlich grosse Vorteile. Der ehemalige Bundesrat Didier Burkhalter hat den Pakt unterstützt und sein Nachfolger Ignazio Cassis ist verpflichtet, diese folgenschwere Vereinbarung zu vertreten. Er liess immerhin verlauten, dass eine spätere Unterzeichnung «keine Katastrophe wäre».

Warum bittet der Bundesrat nicht um einen Aufschub, damit das Volk Zeit hat, darüber abzustimmen? Tatsächlich will er nämlich diesen gefährlichen Pakt unterzeichnen, auch gegen den Volkswillen.

Die staatspolitische Kommission des Nationalrates hatte zuerst empfohlen, das Schriftstück nicht zu unterzeichnen. Einige Tage später sprach sich jedoch die aussenpolitische Kommission des Nationalrates mit 14 zu 10 Stimmen

und 1 Enthaltung für den Pakt aus. Ihre Begründung lautete wie folgt: «Die Mehrheit sei der Meinung, dass Migration als globales Problem nur auf multilateraler Ebene gelöst werden könne.» Nun folgte aber erneut ein ablehnendes Votum, diesmal von der staatspolitischen Kommission des Ständerats.

Weltweiter Widerstand wächst

Die Befürworter verharmlosen den Migrationspakt, er sei nur eine Vereinbarung, die keinen bindenden Charakter hat! Warum sollen alle UNO-Mitgliedsstaaten nach Marokko fliegen, um ein Abkommen zu unterschreiben, das nicht verpflichtend ist? Was geschieht, wenn einzelne Völker dieses nicht einhalten?

Die UNO wird mittels einer speziellen Behörde die Einhaltung der Ziele der Unterzeichnerstaaten kontrollieren. Wir sollten aus diesem gefährlichen Pakt aussteigen, der uns nur folgenschwere Nachteile bringen wird!

Wir wollen uns nicht von der UNO unsere Zuwanderung diktieren lassen. Bis jetzt haben sich die USA, Australien, Ungarn, Österreich, Kroatien und Tschechien geweigert, diesen Migrationspakt zu unterschreiben. Auch in Deutschland, Polen, Dänemark und der Slowakei wächst der Widerstand in der Bevölkerung. Hoffentlich werden noch weitere Länder gegen dieses unsinnige Dokument protestieren! Für uns darf dieser Migrationspakt niemals an-

genommen werden, weil er unvereinbar mit unserer Selbstbestimmung ist. Wir sind nicht bereit, unsere nationale Souveränität aufzugeben! Nebst der SVP verlangt nun auch die FDP, dass mit der Unterzeichnung noch abgewartet wird, bis das Stimmvolk darüber entschieden hat! Wohl eher absichtlich hat es der Bundesrat versäumt, das Parlament rechtzeitig darüber zu informieren und nun wird die Zeit äusserst knapp!

Einschränkung der Pressefreiheit

Wir fordern eine Volksabstimmung, zumal wir der Meinung sind, dass eine Entscheidung von solcher Tragweite nicht einfach dem Bundesrat überlassen werden kann! Unsere Medien sollen nur noch «human und konstruktiv» über Migration berichten dürfen. Wer sich nicht daran halte, dem würden die Fördergelder gestrichen! Somit ist auch die Presse- und Meinungsfreiheit in Gefahr! Das ist ebenfalls ein Menschenrecht! Wir werden immer mehr entmündigt, unsere Volksrechte schränkt man ein!

Zur Verhinderung des UNO-Pakts hat die Interessengemeinschaft «Patrioten Schweiz» eine Petition gestartet, um den Bundesrat von der Unterzeichnung abzuhalten. Hoffen wir, dass dieser verhängnisvolle Pakt noch gestoppt werden kann!

Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern

Politischer Umbruch in Deutschland?!

Vor einiger Zeit wurde ein deutscher Familienvater mit kubanischen Wurzeln in der ostdeutschen Stadt Chemnitz mit einem Messer getötet. Man stach fünfmal auf ihn ein. Tatverdächtig sind zwei Iraker und ein Syrer. **Dieser barbarische Tod entfesselte in Chemnitz eine Vergeltungsschlacht, wie man es sich nie hätte träumen lassen können.** Über Social-Media-Plattformen wie Facebook oder Twitter organisieren sich rechtsextreme Gruppen, die für den Toten Rache ausüben wollen. Die Mobilisierung ist dermassen stark, dass die Polizei während langer Zeit keine Chance gegen den wütenden Mob hat. Es werden Parolen geschrien wie «Das ist unsere Stadt», «Wir sind das Volk» und «Für jeden toten Deutschen einen toten Ausländer». **Die Stimmung ist immens aufgebauscht; es ereignet sich eine Hetzjagd auf Menschen, die von den Rechtsextremen als ausländisch aussehend bezeichnet werden.** Diese Geschichte könnte eigentlich trauriger nicht sein.

Und was macht die Politik? Dasselbe, was man bereits seit Jahrzehnten kennt; es sind immer die rechtsextremen Kreise schuld. Dass gerade auch die Politiker bezüglich dieser Ereignisse Fehler gemacht haben, geben sie vor der Kamera natürlich nicht zu.

Hierzu gehören etwa die SPD, die sich vom Arbeiter massiv entfernt hat; die Grünen, welche auch nur noch für Flüchtlinge da sind so-



Viele Deutsche sind mit der elitären Politik der etablierten Parteien unzufrieden. Dies hat mit «Rechtsextremismus» nichts zu tun! Vielmehr handelt es sich um «heterogene» Demonstrationen.

wie insbesondere Merkels Flüchtlingspolitik. Was ist eigentlich los auf diesem Planeten? Wo ist der gesunde Menschenverstand und die Gerechtigkeit geblieben?

Die «anderen» EU-Skeptiker

In Deutschland kommt jetzt neue Hoffnung auf: Sahra Wagenknecht, Co-Fraktionschefin der Partei «Die Linke», entwickelte zusammen mit ihrem Ehemann Oskar Lafontaine (ebenfalls «Die Linke») die

neue Sammlungsbewegung «Aufstehen». Diese orientiert sich an Politikern wie Jeremy Corbyn und Jean-Luc Mélenchon. **Die vier Personen haben eines gemeinsam: Sie setzen auf das soziale Thema, sind aber keine Progressisten, sondern denken oft national-konservativ, im gesunden Rahmen ohne Rassismus (man könnte auch gesunder Menschenverstand sagen). Genauso kann man sie als EU-Skeptiker bezeichnen.** In

Frankreich hatten die vereinigten Eliten sogar Angst, dass Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon in den zweiten Wahlgang kommen könnten. Bei beiden wäre nämlich ein Referendum zum EU-Austritt lanciert worden. Das ist bemerkenswert, denn Linksorientierten traut man antieuropäisches Gedankengut meist nicht zu, doch das gibt es auch. Unsere Partei vertritt ja ebenfalls diese Ideologie.

Die EU hat sich von den Menschen entfernt und ist ein Sammelbecken für Reiche und Grosskonzerne geworden. Wagenknecht hat das erkannt und will nun in Deutschland die enttäuschten Leute mobilisieren (Chemnitz lässt grüssen, der Politverdruss wird immer gefährlicher).

Jeder kann ihrer Bewegung beitreten, es ist kostenfrei. Sie wollen sogar eine Telefonleitung für Menschen einrichten, die kein Internet haben, respektive sich keines leisten können, und wie gesagt, man bezahlt keinen Mitgliederbeitrag. Es werden lediglich hie und da Spendenaufrufe durchgeführt. **Ich hoffe wirklich, dass die Bewegung «Aufstehen» Deutschland und später einmal auch ganz Europa inklusive der Schweiz verändern wird.** Der Wirtschaftsliberalismus und der Progressismus gehören in die Geschichtsbücher.

Jungaktivist der SD Kanton Bern*

**Name der Redaktion bekannt*

Ausländische Jugendliche sind krimineller

Im «Badener Tagblatt» wurde der im Titel erwähnte Umstand zugegeben, natürlich nur indirekt – wie könnte es bei einer solch ausländerfreundlichen Zeitung auch anders sein! Unter dem beinahe ganzseitigen Artikel mit dem Titel «Nächtlicher Angriff löst Betroffenheit aus» wird beschrieben, wie in Baden (wörtlich) «ein 28-jähriger Schweizer spitalreif geprügelt worden ist, als er sich für eine Frau einsetzte, die von einem Mann geschlagen wurde. Dieser war Teil ei-

ner Gruppe junger Männer zwischen 16 und 20 Jahren». Der Rest des Artikels ist hier nicht weiter wichtig, ausser dem folgenden kleinen Abschnitt (wörtlich): «Die Konsumentenzeitschrift «Beobachter» schreibt, dass **Gewalttaten in urbanen Zentren zunehmen, obwohl die Jugend selten so brav sei wie heute.**» Und besonders wichtig ist noch (wörtlich): «Bei Schweizer Minderjährigen sei die Gewalt seit 2008 gar stark zurückgegangen.»

Mit anderen Worten, da laut «Beobachter» die Gewalttaten in urbanen Zentren zunehmen, aber diejenigen von Schweizer Minderjährigen seit 2008 gar stark abgenommen haben, müssen logischerweise die Taten von ausländischen Jugendlichen entsprechend stark zunehmen.

Und da die Ausländer in der Schweiz (zumindest vorläufig noch) in der Minderzahl sind, muss die Gewalt von ausländischen Jugendlichen sogar gewaltig zugenommen haben. Aber dieser Umstand wird im «Badener Tagblatt» natürlich unterschlagen.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Die Enthornung der Kühe stellt eine Verstümmelung dar. Ja zur Hornkuh-Initiative!



Asile: une procédure de consultation pour rien?

Le 5 septembre dernier, le Conseil fédéral a ouvert une procédure de consultation sur un objet intitulé *Agenda Intégration Suisse*. Rappelons d'abord que l'article 4 alinéa 1 de la Loi sur la procédure de consultation autorise les simples citoyens à donner leur avis. La procédure est ouverte jusqu'au 5 décembre 2018; il suffit d'écrire à la Chancellerie fédérale. **Sait-on jamais, il se pourrait qu'un nombre significatif de réponses ait quelquel'effet...**

La consultation dont il est question concerne la stratégie en matière d'«intégration» des personnes admises provisoirement et des réfugiés. Car ces gens doivent travailler, nous dit-on. Comme le Conseil fédéral l'a fait savoir le 30 avril 2018, en portant le forfait d'intégration de Fr. 6000.- à Fr. 18'000.- par personne, pour un total de 132 millions de francs par an, sur la base de 11'000 admissions provisoires ou octrois d'asile. Vous avez bien lu: Fr. 132'000'000.- de frais supplémentaires par an. Malgré le frein aux dépenses. **Et alors même que l'on économise dans la recherche scientifique, les transports publics, l'agriculture et l'environnement, pour ne citer que ces champs d'activité essentiels. Ou alors que l'on pourrait tout bonnement amortir notre dette en renonçant à toute dépense supplémentaire.**

Tout comme on se prend à rêver à ce qu'il serait possible de faire avec 132 millions sur une année en faveur de nos compatriotes qui, eux, ont besoin d'aide.

Fr. 132'000'000.- issus de nos impôts. Qui iront donc de nos poches vers celles des milieux de l'asile, qui font main basse sur une cagnotte proprement fabuleuse. C'est cette pratique dispendieuse que l'on veut pérenniser au niveau fédéral.

On galvaude le sens même des mots. Puisque l'intégration (sans guillemets, cette fois) ne peut être qu'un processus naturel au sein d'une société; s'il faut la forcer en faveur de telle ou telle clientèle à coup (ou à coût, comme on voudra) de millions, c'est que les bénéficiaires de ces mesures ne sont pas

intégrables ... sans quoi ils s'intégreraient d'eux-mêmes. Bref, on tourne en rond. Comme la presse l'a publié le 1^{er} mai 2018, lendemain de l'annonce de ces mesures, **le conseiller d'Etat bernois en charge de l'asile a dû reconnaître qu'il y avait des requérants (adultes!) auxquels l'on devait apprendre à utiliser des toilettes. Faut-il «intégrer» de tels individus?**

Les milieux de l'asile sont assez clairvoyants pour ne pas essayer de susciter de sympathie pour leur clientèle. Ils soutiennent qu'éviter que ces personnes ne dépendent longtemps de l'aide sociale permet d'économiser des coûts d'assistance. C'est un faux raisonnement.

En effet, une fois intégrées (à nos frais) dans la vie professionnelle, les personnes relevant de l'asile vont évidemment envoyer de l'argent chez elles pour faire venir d'autres migrants. Et ainsi de suite.

Ce qui coûtera de plus en plus cher en dépenses d'assistance et en coûts dérivés (criminalité, engorgement de l'administration, scolarisation, environnement etc.). On n'en finira jamais, c'est un cercle vicieux.

La démarche de réduction des coûts proposée procède ainsi d'une vision purement comptable de l'économie. La réalité est plus complexe que cela.

Il faut avoir le réalisme et le courage de reconnaître que la moins-value apportée par ces migrants est telle qu'il revient globalement moins cher de les payer à ne rien faire que de les autoriser à travailler.

Tout comme il faut renoncer à croire qu'il y aura du travail pour toutes et tous. L'«intégration» de ce cercle de personnes est donc contre-productive. Plus encore, on ne peut concevoir pire dépense que celle-ci.

Puisque la situation est d'autant plus critique que, selon des statistiques récemment parues (voir 24 Heures, 8 septembre 2018), le nombre des chômeurs âgés de 55 à 64 ans en fin de droit qui se retrou-

vent à l'aide sociale a augmenté de 50,5% de 2010 à 2016, passant de 20'011 à 30'110; **en outre, seuls 13,9% des chômeurs de plus de 50 ans retrouvent durablement un emploi. Ce en dépit d'une conjoncture favorable et du prétendu manque de main-d'œuvre.**

Ces statistiques révèlent l'ampleur de l'emprise étrangère sur le marché du travail, qui aboutit à l'éviction pure et simple de nombre de nos compatriotes les moins favorisés par l'existence.

A noter que la situation est particulièrement grave en Suisse latine, comme le révèlent, mois après mois, les statistiques intercantionales du SECO en matière de chômage. Il est scandaleux que des Suisses soient privés de travail en faveur d'étrangers, extra-Européens de surcroît, pour complaire aux milieux de l'asile. S'ils travaillaient, ces compatriotes paieraient des impôts plutôt que d'emarger à l'aide sociale après la fin de leur droit aux allocations de chômage. Et vivraient la tête haute en contribuant au bien-être de la société dont ils sont membres de plein droit. **A suivre le Conseil fédéral, il faudrait utiliser nos impôts pour permettre à des étrangers d'évincer des Suisses du marché de l'emploi, avec pour effet que ces compatriotes seront acculés à percevoir l'aide sociale que ne toucheront désormais plus les heureux privilégiés étrangers.** Il suffit de déconstruire cette démarche pour en illustrer la stupidité et la nocivité.

En fait, le Conseil fédéral se fiche de nos compatriotes en situation de chômage ou de précarité. Car le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) a pris les devants, en confiant à Eduard Gnesa, ancien ambas-

sadeur extraordinaire chargé de la collaboration internationale en matière de migrations, **la tâche «d'identifier les obstacles éventuels à l'embauche de réfugiés reconnus et de personnes admises à titre provisoire».** Dans ce but, comme l'annonce fièrement un communiqué du 18 septembre 2018, ce haut fonctionnaire a, depuis novembre 2017 déjà, «mené pas moins de 55 entretiens auprès d'employeurs, de partenaires sociaux, d'associations sectorielles, d'autorités étatiques et cantonales et d'experts en intégration». L'objectif est donc connu d'avance. **Passant tout bonnement sous silence la procédure de consultation en cours depuis le 5 septembre 2018, le SEM annonce que des mesures en faveur de la clientèle de l'asile «seront mises en œuvre dans toute la Suisse à partir de 2019». En instituant, à nos frais, des privilèges exorbitants en faveur d'une clientèle étrangère – donc au détriment des Suisses –, ces mesures foulent aux pieds la volonté populaire exprimée lors de la votation du 9 février 2014.**

En effet, le nouvel article 121a de la Constitution fédérale exige «le respect du principe de la préférence nationale». Non pas de la préférence étrangère.

Même en dehors du SEM, on dit parfois que le problème, c'est le fait que les personnes admises provisoirement et les réfugiés (voire les requérants d'asile, tant qu'on y est) ne travaillent pas, de sorte qu'ils vivent à nos crochets. Non, là n'est pas le cœur du problème.

Pierre-Maurice Vernay, secrétaire des DS Vaud, Le Bouveret

(Deuxième partie figure dans le prochain numéro.)

Consignes de vote pour les votations fédérales du 25 novembre 2018

- **Oui** à l'initiative populaire «Le droit suisse au lieu de juges étrangers (initiative pour l'autodétermination)»
- **Oui** à l'initiative populaire «Pour la dignité des animaux de rente agricoles (initiative pour les vaches à cornes)»
- **Non** à la modification de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA) (Base légal pour la surveillance des assurés)

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat

Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden

Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil

Margrit Neukomm, Bern

Studie über junge Muslime: Scharia stösst auf grosse Sympathie

Die Schweizer Demokraten (SD) sind entsetzt über die Resultate einer Studie zur allgemeinen gesellschaftlichen Haltung von 17- und 18-jährigen Muslimen, welche in der Schweiz leben. **Dabei wird von einem Fünftel der Befragten die totalitäre Scharia den hiesigen Gesetzen vorgezogen.** Genauso wünscht man sich einen islamistischen Führer. Zudem wollen 26,1% der Muslime die Freiheiten der Frauen einschränken. Diese Aussagen beweisen einmal mehr die starke Ausprägung des Fundamentalismus in der muslimischen Religion.

Die Eltern vermitteln diesen Jugendlichen ein archaisches Weltbild und helfen aktiv mit, die bestehenden Parallelgesellschaften zu festigen.

Daher ist für die SD der Schutz der verfassungsmässigen demokratischen Werte unserer Gesellschaft zentral. Unter anderem dürfen keine islamischen Bildungseinrichtungen (etwa Kindergärten) gestattet werden. Des Weiteren ist auf Schuldspense aller Art (beispielsweise Schwimmunterricht) zu verzichten. Bei Glaubensgemeinschaften und externen

Institutionen müssen Finanzierungsquellen offengelegt werden. Handelt es sich um ausländische Quellen, so sind diese zu unterbinden. Ausserdem sollen Kontrollen durch den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) erfolgen.

Letztlich ist das Aufenthaltsrecht von muslimischen Migranten an Integrationsverträge zu binden. Keinesfalls kann man erleichterte Einbürgerungen zulassen.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
 Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum /
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Einkommens- und Vermögensverteilung

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt inzwischen mehr als alle anderen auf der Erde lebenden Menschen. Allein 62 Multimilliardäre haben mehr Vermögen als die Hälfte der Menschheit. **Seit ungefähr zwanzig Jahren zieht der explodierende Reichtum am oberen Ende die Mittelschichten und erst recht die Ärmern nicht mehr nach. Ihr Lebensstandard folgt dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum nicht etwa nur langsamer, sondern überhaupt nicht mehr.** Die Flut, welche einst alle Boote heben sollte, trägt nur noch die Luxusjachten.

Seit den 80er-Jahren sind die mittleren Löhne in den Vereinigten Staaten nicht mehr gestiegen und die unteren Einkommen in den freien Fall übergegangen. Mittlerweile hat sich Europa diesem Modell angeschlossen.

Der Wohlstand in der von politischen Heuchlern gern umworbenen «Mitte der Gesellschaft» ist fragil geworden. **Selten geht es den Kindern heute besser als ihren Eltern, oft ist es umgekehrt. Eine Ausnahme ist der exklusive**

Klub der Erben. Dabei handelt es sich um Leute, die grosse Erbschaften zu erwarten haben, deren Erträge auch ohne Leistung ein gutes Leben finanzieren. «Warum finden wir uns damit ab, dass sich trotz allgemeinem Wahlrechts immer wieder eine Politik durchsetzt, die im besten Fall die Interessen der oberen zehn Prozent, oft sogar nur noch die des reichsten Prozents (ein Prozent), bedient?» (Sahra Wagenknecht: Reichtum ohne Gier, Frankfurt am Main, 2016)

Alex Schneider,
Küttigen

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch
Sie können sich auch an folgende Person wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch